

# PROTOKOLL

## 3 - Grosser Gemeinderat Steffisburg

Freitag, 20. Juni 2003,

17.00 Uhr, Aula Schönau, 3612 Steffisburg

---

Vorsitz	Rychiger Esther, GGR-Präsidentin 2003
Sekretär	Schmid Hans Ulrich, Gemeindeschreiber
Protokollführerinnen	Schweizer Jacqueline, Verwaltungsangestellte (Traktanden 1 - 5) Habegger Katharina, Verwaltungsangestellte (Traktanden 5 - 8)
Mitglieder	EDU Fuhrmann Uli Gerber Christian  EVP Enggist Markus Geissler Eduard Mühlethaler Hanspeter  FDP Bührer Isabelle Gerber Jürg Reber Stefan Rychiger Esther Schneeberger Stefan  GVP Indermühle Martin Meyer Gerhard Meyer Rudolf  SP Brenzikofer Sandra Cabré Pardo Stephanie Gfeller Katharina Huder Ursulina Joder Stüdle Bettina Jordi Katharina Maurer Peter Schenk Marcel Tognina Renato Tschanz Therese

ab 17.20 Uhr

	SVP Berger Ulrich Gerber Heinz Grossniklaus Hansueli Marti Hans Rudolf Marti Werner Schmitter Jürg Schwarz Elisabeth	ab 17.20 Uhr
	WGS Pulfer Bernhard	
Entschuldigt	Caspari Reto, FDP Dürmüller Kohler Irmgard, FDP Wäfler Gabriela, SP	(beruflich verhindert) (beruflich verhindert) (Ferien)
Anwesend zu Beginn	29	
Absolutes Mehr	15	
Vertreter Gemeinderat	Feller Hans Rudolf Hauenstein Urs Jakob Werner Sartorius Marcus Schmid Susanna Spycher Stephan Zbinden Paul	FDP SVP EVP/EDU SP SVP FDP SP bis 17.45 Uhr
Entschuldigt	---	
Anwesende Abteilungsleiter/Stv.	Bühlmann Hans Peter; Abteilung Bildung Ciabuschi Claudio, Abteilung Soziales Hadorn Hans-Peter, Abteilung Hochbau/Planung Zeller Rolf, Gemeindeschreiber-Stv.	
Mitglieder Jugendrat	Hiller Lukas Stucki Silvan	
Medienschaffende	5	
Zuhörer	20	
Gäste/Referenten	---	

---

### Traktandenliste

Die Traktandenliste wird wie folgt genehmigt:

1. Protokoll der Sitzung vom 25. April 2003
2. Informationen des Gemeindepräsidenten
3. Präsidiales; Grosses Höchhus, Umbau und Sanierung; Grundsatzentscheid über Gemeindebeteiligung
4. Hochbau/Planung; Gemeindehaus, Rissanierung in Decke über 2. Untergeschoss; Orientierung
5. Bildung; Überprüfung der Struktur der Kindergarten- und Schulkommissionen und neues Reglement über die Organisation des Kindergartens und der Volksschule
6. Parlamentarischer Vorstoss; Behandlung  
Motion der SP-Fraktion betr. Wehrmännerentlassung (2003/07)
7. Neue parlamentarische Vorstösse; Bekanntgabe und Begründung
8. Einfache Anfragen

## ERÖFFNUNG

Frau Esther Rychiger begrüsst die anwesenden Ratskolleginnen und -kollegen, den Gemeindepräsidenten, die Gemeinderätin und Gemeinderäte, den Sekretär und die Protokollführerin, die anwesenden Abteilungsleiter und die Abteilungsleiterin, die Vertreter des Jugendrates, die Medienschaffenden sowie die Zuhörer zur heutigen Sitzung.

Sie eröffnet die Sitzung mit folgendem Spruch (passend zu Traktandum 3): Kultur ist kein Privileg für Wenige, sondern ein Angebot für alle. Die Einladungen zur Jungbürger- und 1. August-Feier sowie der Geschäftsbericht der NetZulg AG wurden den Ratsmitgliedern verteilt bzw. zugestellt. Zudem kann sie auf die Internet-Seite des Jugendrates [www.jugend-steffisburg.ch](http://www.jugend-steffisburg.ch) aufmerksam machen. Herr Feller wird an der heutigen Sitzung über das weitere Vorgehen des Jugendrates informieren.

## VERHANDLUNGEN

### 1. Protokoll der Sitzung vom 25. April 2003

Das Protokoll der Sitzung vom 25. April 2003 wird ohne Bemerkungen genehmigt.

### 2. Informationen des Gemeindepräsidenten

#### 2.1 Personelles; Abteilung Soziales

- Kündigung per 30. September 2003; Uhlmann Regula, Verwaltungsangestellte in der Administration der Abteilung Soziales Zulg. Die Stellenausschreibung läuft zur Zeit.

- Anstellung per 01. Oktober 2003; Zorn André, Blankenburg, Sozialarbeiter mit einem Beschäftigungsgrad von 80%.

## 2.2 Neugestaltung der Umgebung mit Spielplatz bei den Kindergärten Kirchbühl und Glockenthal

Der Gemeinderat hat für die Neugestaltung der Umgebung mit Spielplatz bei den Kindergärten Kirchbühl und Glockenthal folgende Kredite bewilligt:

- Kindergarten Kirchbühl; Kredit von Fr. 90'000.00
- Kindergarten Glockenthal; Kredit von Fr. 75'000.00

Die Aufträge für die Gartenbauarbeiten inkl. Lieferung von Spielgeräten wurde der Firma Fuchs Thun AG übertragen.

## 2.3 Motion der FDP-Fraktion betr. Schuldenabbau (2002/13) und Postulat der GVP-Fraktion betr. Schuldzinsen (2002/22); Orientierung

Im Zusammenhang mit dem Vorstoss Schuldenabbau hat der Gemeinderat Folgendes beschlossen:

- Der Finances Publiques AG für öffentliche Finanzen und Organisation, Bowil, wird der Auftrag zur Durchführung einer Finanzanalyse erteilt. Hierzu wird ein Kredit von max. Fr. 18'000.00 bewilligt.
- Das Projektteam setzt sich wie folgt zusammen:
  - Herr Stephan Spycher, GR/Vorsteher Abteilungen Finanzen und Steuern
  - Frau Monika Finger, Finanzverwalterin
  - Herr Heinz Berger, Finances Publiques

Auf Grund des Ergebnisses wird der Gemeinderat das weitere Vorgehen beschliessen.

## 2.4 Geschäftsbericht der NetZulg AG

Die Mitglieder des Grossen Gemeinderates sind im Besitze des Geschäftsberichtes der NetZulg AG. Am 18. Juni 2002 fand die erste Generalversammlung statt. Der Gemeinderat hat allen Anträgen des Verwaltungsrates zugestimmt.

Die NetZulg AG hat sehr gut und erfolgreich gearbeitet. Der Unternehmensgewinn des ersten Geschäftsjahres beträgt Fr. 478'604.00 und es konnte eine Dividende von Fr. 360'000.00 (6%) auf dem Aktienkapital der Gemeinde ausbezahlt werden. Die Bedingungen bezüglich der Vergütung des Darlehenszinses von Fr. 650'000.00 und die Abgeltung auf dem Stromverkauf von Fr. 235'000.00 wurden erfüllt. Die Gemeinde Steffisburg hat eine gesunde und rentable NetZulg AG.

## 2.5 Jugendrat Steffisburg - wie weiter?

An der Besprechung vom 4. Juni 2003 haben eine Delegation des Jugendrates und die Herren Hans Rudolf Feller und Hans Ulrich Schmid das weitere Vorgehen besprochen.

- Der Jugendrat in seiner heutigen Zusammensetzung amtiert noch bis 31.07.2003 (Ablauf der Amtsperiode)
- Mangels Anmeldungen (11, gemäss Reglement besteht der Rat aus mindestens 20 Mitgliedern) kann der Jugendrat auf den 01.08.2003 nicht neu gewählt bzw. eingesetzt werden; er wird daher auf diesen Zeitpunkt sistiert.
- Vorerst sind folgende Reglementsänderungen zu berücksichtigen:
  - Der Jugendrat soll mindestens 10 bis 20 Mitglieder umfassen (bisher 20 - 30).
  - Die Mitgliedschaft soll vom zurückgelegten 14. bis zum zurückgelegten 25. Altersjahr möglich sein.
- Der Gemeindeschreiber wird die Revision des Reglementes vorbereiten, so dass sie dem Grossen Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann. Je nach Entscheid des Grossen Gemeinderates entscheidet der Gemeinderat über eine allfällige Einsetzung des Jugendrates.
- Der Kontakt zu den heutigen Jugendrat-Vertretern wird weiterhin gepflegt.

Herr Gemeindepräsident Feller heisst die Vertreter des Jugendrates weiterhin an den GGR-Sitzungen willkommen, obwohl der Rat per 31.07.2003 sistiert wird.

## 2.6 Informatik an den Schulen

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller bestätigt, dass an den Steffisburger Schulen tatsächlich zu wenig PCs zur Verfügung stehen. Gemäss Zeitungsbericht vom 10. Juni 2003 ist jedoch anzunehmen, dass die Steffisburger Schulen überhaupt keine PCs besitzen, was nicht stimmt.

Tatsache ist, dass die Oberstufenschule Zug seit Jahren PCs besitzt und die Schüler in EDV unterrichtet werden. Die Schüler der Oberstufenschule Schönau geniessen ihre Pflichtlektionen in EDV an der Oberstufe Zug, da ihnen keine PCs zur Verfügung stehen. Mit der geplanten Erweiterung der Schulanlage Schönau auf Beginn des Schuljahres 05/06 wird zugleich ein eigener EDV-Raum eingerichtet mit Geräten der Verwaltung. Die Primarschule verfügt über keine EDV-Einrichtung. Der entsprechende Kredit von Fr. 110'000.00 wurde gestrichen. Es ist geplant, die 8 Schulhäuser mit je 4 Laptops und einem Drucker auszurüsten. Bis vor einer Woche hatte der Gemeinderat dafür kein Geld. Nun spendet ein erfolgreicher Heimweh-Steffisburger für die Anschaffung der Hardware Fr. 105'000.00. Die Herren Feller und Sartorius konnten heute den Check persönlich abholen und verdanken. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Geräte für die Primarschule auf Beginn des Winterquartals anzuschaffen.

An dieser Stelle spenden die Ratsmitglieder für diese grosszügige Spende einen Applaus.

### **3. Präsidiales; Grosses Höchhus, Umbau und Sanierung; Grundsatzentscheid über Gemeindebeteiligung**

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller macht auf den Beschlussesentwurf aufmerksam, welcher besagt, dass die Gemeinde grundsätzlich bereit ist, sich im Rahmen von maximal Fr. 1'500'000.00 am Projekt zu beteiligen und zu gegebener Zeit auf ein entsprechendes Begehren eintritt.

Das Büro HMS schätzt die Kosten für den Umbau auf Fr. 4'250'000.00 ein (inkl. Reserven und Genauigkeit von +/- 15%). Für die Finanzierung und Tragbarkeit wurde das Kostenträger-Modell erarbeitet. Für die Teile Restaurant, Matter-Stube, Büros, Hotelzimmer oder Wohnungen wird eine Trägerschaft angestrebt, welche mithilft, den Umbau zu finanzieren (siehe Broschüre Höchhus auf Seite 13). Die finanzielle Beteiligung der Gemeinde wird demzufolge in den Ausbau des Dachstockes (Mehrzweckraum) investiert. Es ist eine einmalige Chance, den Ausbau des Dachgeschosses in die geplante Umnutzung mit einzu beziehen. Eine spätere Renovation kommt wesentlich teurer zu stehen und wird demnach nie realisiert. Die Nutzungsmöglichkeiten sind in der Broschüre Höchhus auf Seite 12 erwähnt. Dem Bauteil Dachstock/Mehrzweckraum werden Kosten von Fr. 1'350'000.00 zugeweiht. Die Gemeindebeteiligung von maximal Fr. 1'500'000.00 liegt in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates.

Folgendes Beispiel zeigt, dass aus heutiger Sicht Einiges kompensiert werden könnte. Die jährliche Miete für die Ausstellungsräume an der Scheidgasse 11 beträgt Fr. 19'500.00.

Fr. 19'500.00 mit 3,5 % kapitalisiert	=	Fr.	542'850.00
	./.	Fr.	1'350'000.00
neu zu belastender Beitrag	=	Fr.	807'150.00

Fr. 807'150.00 mit 3,5 % verzinst, entstehen Mehrkosten von Fr. 28'250.00 im Jahr. Das Höchhus ist uns bestimmt die rund Fr. 30'000.00 wert!

Der Gemeinderat sowie der Stiftungsrat Höchhus trauen der Gemeinde die Vorreiterrolle zu. Ob es sich bei der Beteiligung um einen Beitrag à fonds perdu oder ein zinsloses Darlehen handelt, bleibt noch offen.

Sofern die Gemeinde bereit ist, sich im Rahmen von maximal Fr. 1'500'000.00 am Projekt zu beteiligen, fällt es dem Stiftungsrat leichter, weitere Träger für den Umbau zu finden.

An dieser Stelle treffen die Herren Indermühle Martin und Marti Hans Rudolf ein. Somit zählt der Rat 31 Mitglieder. Das Absolute Mehr beträgt 16.

#### Stellungnahme GPK

Herr Ulrich Berger erklärt, dass sich der Rat mit der Gegenwart, Zukunft und der Vergangenheit zu beschäftigen hat. Die GPK erachtet die Investition ins Höchhus als Chance in die Zukunft. Sie hat die technischen, finanziellen und betriebswirtschaftlichen Seiten mit den zuständigen Stellen beleuchtet und besprochen. Gemäss Gemeinderat ist das Projekt für die Gemeindefinanzen tragbar. Wie eingangs von Herrn Feller aufgezeigt, stehen die Finanzierungsmöglichkeiten noch offen. Der GPK erscheint wichtig, dass bei der Sanierung der Fassade und des Dachstockes für Unvorhergesehenes genügend Reserven eingerechnet werden. Sofern die Fr. 1,5 Mio. verloren gehen, hat die Gemeinde keine Nachschusspflicht zu leisten. Eine externe Abklärung zeigt, dass das Höchhus durchaus mit einem Hotelbetrieb und einem Restaurant erfolgreich betrieben werden kann. Ist der Rat bereit, sich im Rahmen von maximal Fr. 1'500'000.00 am Projekt zu beteiligen, wird die

Strassen-Ampel auf Orange gestellt. Dies bedeutet, dass es kein Zurück mehr gibt. Die GPK unterstützt das Geschäft mit 7 : 0 Stimmen.

### Eintreten

Diesen einzigartigen Bau innerhalb einer nützlichen Frist wertvermehrend zu renovieren, erachtet Herr Jürg Gerber als Chance. Deshalb ist die FDP-Fraktion für Eintreten.

Herr Hanspeter Mühlethaler unterstützt namens der EVP-/EDU-Fraktion das Kreditbegehren und den aufgezeigten Weg des Stiftungsrates Höchhus. Positiv ist, dass rund 2/3 der Kosten fremdfinanziert werden und das Gebäude der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Nebst den zwei Höchhäuser ist noch die Dorfkirche, welche eine ähnliche historische Bedeutung in Steffisburg darstellt und zur Dorfkultur beitragen. Diese gilt es zu unterhalten.

Für Herrn Gerhard Meyer und die GVP-Fraktion hat das Höchhus einen gewissen Stellenwert, deshalb ist sie für Eintreten.

Frau Elisabeth Schwarz ist namens der SVP-Fraktion für Eintreten und freut sich auf ein belebtes Höchhus.

Frau Bettina Joder Stüdle erachtet namens der SP-Fraktion das Projekt als überzeugend und klar. Darum wird die Fraktion dem Grundsatzentscheid zustimmen und ist für Eintreten.

### Detailberatung

Herrn Rudolf Meyer geben die sogenannten Finanzvisionen zu denken. Dem Restaurant werden Kosten in der Höhe von Fr. 1 Mio. zugeteilt. Ein Wirt hat demzufolge über Fr. 1 Mio. zu erwirtschaften, um den Zins zahlen zu können. Bei dieser Betriebsgrösse scheint ihm dies jedoch fast unmöglich. Auch für einen Wirt mit bestehender Kundschaft wird es schwierig. Er erkundigt sich, ob die Gemeinde eine sogenannte Defizitgarantie übernimmt. Bei einem Darlehen kann Beginn und Ablauf festgelegt werden, was er bevorzugt. Die eingesetzten Reserven erachtet er als zu gering. Die GVP-Fraktion kann trotz ihrer Bedenken dem Projekt zustimmen.

Frau Bettina Joder Stüdle hilft namens der Fraktion die Ampel auf Grün stellen, vorerst ist dem Rat jedoch ein detaillierter Finanzierungsplan vorzulegen. Zudem erkundigt sie sich, welche Projekte anstelle des Höchhauses hinausgeschoben werden. Dem Grossen Gemeinderat sind verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten zur Beschlussfassung vorzulegen.

Frau Ursulina Huder bezieht sich auf die moralische Pflicht, welche die Gemeinde heute und jetzt hat. Somit ist dem derzeitigen Antrag zu entsprechen.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller nimmt die Fragen seitens der SP zur Kenntnis. Um transparent herzustellen ist ein detaillierter Finanzplan der Finanzierungs- wie der Umbaukosten zu erstellen. Er bestätigt, dass es sich um eine sogenannte Finanzvision handelt, allerdings ist das geplante Projekt mit dem Ristorante una storia della vita in Sempach vergleichbar. Dieses funktioniert im gleichen Rahmen und wirtschaftet erfolgreich.

### Schlussabstimmung

Mit 30 : 0 Stimmen fasst der Rat folgenden

## **Beschluss**

Der Grosse Gemeinderat von Steffisburg, gestützt auf

- Art. 51 Abs. 2c der Gemeindeordnung
- Antrag des Gemeinderates

beschliesst:

1. Die Absicht der Stiftung Höchhus, das Grosse Höchhus, gemäss Projekt der HMS Architekten AG Spiez umzubauen und zu sanieren sowie zu nutzen, wird unterstützt.
2. Die Gemeinde ist grundsätzlich bereit, sich im Rahmen von maximal Fr. 1'500'000.00 am Projekt zu beteiligen.
3. Der Grosse Gemeinderat ist bereit, zu gegebener Zeit auf ein entsprechendes Begehren einzutreten.
4. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

An dieser Stelle verlässt Herr Gemeinderat Urs Hauenstein die Sitzung (17.45 Uhr).

## **4. Hochbau/Planung; Gemeindehaus, Rissanierung in Decke über 2. Untergeschoss; Orientierung**

Herr Gemeinderat Werner Jakob informiert über die Risse in der Decke über dem 2. Untergeschoss im Gemeindehaus, welche bereits im Jahre 1995 festgestellt wurden. Trotz einer Sanierung wurden die Risse während der Wintermonate zum Problem. Deshalb hat der Gemeinderat im Dezember 1999 für eine umfassende Expertise einen Verpflichtungskredit von Fr. 36'000.00 bewilligt. Der Schlussbericht inkl. Problemlösungsanalyse, Sanierungskonzept, Submission für die Sanierungsmassnahmen inkl. Kosten liegen vor. Anhand des Berichts sind Instandsetzungsmassnahmen mittelfristig nötig, um weitere Folgeschäden zu vermeiden und die Dauerhaftigkeit des Gebäudes gewährleisten zu können. Der Gemeinderat hat am 19. Mai 2003 beschlossen, den am 13. Dezember 2002 bewilligten Verpflichtungskredit von Fr. 36'000.00 für die Rissanierung der Decke auf Fr. 240'000.00 (gebundene Ausgabe gemäss Art. 21 GO) zu erhöhen. Das Bauvorhaben ist im Finanzplan 2002 - 2007 mit Fr. 240'000.00 enthalten. Im neuen Investitionsprogramm 2003 - 2008 ist das Projekt mit Fr. 210'000.00 eingestellt. Der Betrag ist finanziell tragbar und die Finanzierung erfolgt im Rahmen der allgemeinen Liquiditätsbewirtschaftung. Die Bauleitung wird der Firma IBE in Bern übertragen. Mit der Gussasphaltarbeit wird die Frutiger AG, Thun, beauftragt (Pauschal Fr. 126'000.00). Die weiteren Aufträge erfolgen direkt durch die Abteilung Hochbau/Planung.

Frau Bettina Joder Stüdle erkundigt sich nach einer schriftlichen Stellungnahme, welche den GGR-Mitgliedern noch vor dem Protokoll zur Verfügung gestellt werden könnte.

Herr Marcel Schenk erinnert sich, dass bereits an der Einweihungsfeier des neuen Gemeindehauses die Problematik bekannt war. Er erkundigt sich, ob nach Ablauf der Garantiearbeiten (fünf Jahre) diesbezüglich etwas unternommen wurde.

Herr Gerhard Meyer erkundigt sich über die Verantwortlichen und die getätigten Garantieleistungen.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller möchte auf einen schriftlichen Bericht verzichten und kann auf das Protokoll hinweisen. Erst nach Vorliegen aller Fragen im Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit wird den Mitgliedern eine schriftliche Stellungnahme abgegeben.

## **5. Bildung; Überprüfung der Struktur der Kindergarten- und Schulkommissionen und neues Reglement über die Organisation des Kindergartens und der Volksschule**

Die Behandlung des Geschäftes geschieht in zwei Schritten. Bevor der Rat das Reglement verabschiedet, hat er über die Struktur zu befinden.

Herr Gemeinderat Marcus Sartorius erklärt, dass die neue Struktur die politische und strategische Verantwortlichkeit zusammenführt und die Kompetenzen klar regelt.

Überspitzt ausgedrückt ist der Bildungsvorsteher bei den heutigen Bildungsstrukturen überflüssig. Die einzelnen Schul-Kommissionen unterstehen dem Schulinspektor. Üblich ist, dass der zuständige Vorsteher die entsprechenden Kommissionen präsidiert. Bis jetzt ist der Bildungsvorsteher einzig für die Antragstellung im GR und GGR zuständig.

Mit dem Volksschulmodell werden die Interessen der Schule einheitlich und in einem Gremium beschlossen. Die Schulbesuche erfolgen durch den Schulinspektor.

Die Gegnerschaft hat Bedenken, dass mit der neuen Struktur die Nähe zum einzelnen Schulhaus bzw. zur Lehrerschaft verloren geht. Erfahrungsgemäss war die Nähe oftmals unkritisch und fiel zu Ungunsten der Eltern aus. Die Lehrerschaft wurde häufig in Schutz genommen.

Der Gemeinderat ist von der Entlastung der einzelnen Kommissionsmitglieder mit der Einführung der Volksschulkommission überzeugt. Auch bringt sie eine Vereinfachung und interessante Arbeit mit sich.

Die Kosten wurden zusammen mit dem Organisationsberater, Herr Heinz Bucher, erarbeitet und beruhen auf einer Annahme. Die Volksschulkommission kommt in etwa gleich teuer zu stehen wie mit der heutigen Form. Die Entschädigung des Schulkommissions-Präsidenten steht noch nicht fest.

Losgelöst vom heutigen Entscheid ist die Schnittstellenproblematik Schule / Bildung unbedingt zu prüfen. An dieser Stelle beantragt Herr Sartorius namens des Gemeinderates, auf das Geschäft einzutreten.

### Stellungnahme der GPK

Herr Ulrich Berger stellt fest, dass es sich um eine langjährige Angelegenheit handelt. Die Schule des Kantons Bern befindet sich seit längerer Zeit im Umbruch. Die GPK beurteilt die heutige Schulstruktur (4 Kommissionen / 37 Mitglieder) als zu komplex. Eine Kommission erhöht die Kompetenzen der Schulleitungen. Nebensächlichkeiten werden eliminiert und Entscheide beschleunigt. Zudem ist der Gemeinderat (Vorsteher Bildung) befugt, direkten Einfluss auf die Kommissionsarbeit zu nehmen. Den GPK-Mitgliedern wurde versichert, dass die Arbeit ebenso von 13 Personen erledigt werden kann und keine personelle Aufstockung der Abteilung Bildung nötig ist. Bezüglich Mehrkosten ist noch nichts bekannt, auch wurde die Entschädigung des Kommissionspräsidenten noch nicht festgelegt. Die Schnitt-

stellenproblematik Abteilung Bildung / Schule ist noch zu überprüfen. Die GPK beantragt mit 6 : 1 Stimmen, dem vorliegenden Antrag zu entsprechen.

### Eintreten

Frau Isabelle Bühler dankt dem Bildungsvorsteher für seinen Mut, das Thema wieder aufzurollen. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die Einführung der Volksschulkommission.

Herr Markus Enggist ermuntert die Mitglieder, etwas zu wagen. Die EDU-/EVP-Fraktion ist für schlankere Strukturen und will mithelfen, die Schnittstellenproblematik zu eliminieren.

Herr Marcel Schenk und die Mehrheit der SP-Mitglieder unterstützen die erweiterte bisherige Struktur. Er ist überzeugt, dass die Volksschulkommission mehr Sitzungen haben wird als angegeben und die Volksschulkommissions-Mitglieder keine Entlastung erfahren. Die zusätzlichen Aufgaben werden auf drei Ausschüsse verteilt. Diese setzen sich wiederum aus den 13 Kommissionsmitgliedern zusammen. Folglich werden wiederum drei Kommissionen gebildet.

Gemäss gültigem Volksschulgesetz ist die Kommission für die Einteilung der 1. Klassen zuständig. Diese Aufgabe kann auf Grund der fehlenden Rahmenbedingungen nicht den Schulleitungen übertragen werden. Die Verbindungsachse Lehrerschaft / Behörde / Eltern / Kind wird durch die Volksschulkommission gefährdet, und die Nähe zur Lehrerschaft und zu den Eltern geht verloren.

Kommissionsaufgaben werden grösstenteils auf die Schulleitungen übertragen. Dies wird zwangsläufig zu mehr Stellenprozenten in der Abteilung Bildung führen. Gemäss Bericht und Antrag geht der Gemeinderat davon aus, dass das neue Modell keine zusätzlichen Kosten auslöst und der Einfluss des Abteilungsvorstehers gestärkt wird. Gemäss Volksschulgesetz liegen jedoch die Hauptkompetenzen bei den Schulkommissionen. Es kann nicht sein, dass die Schule zukünftig von einem sogenannten Verwaltungsrat geführt wird. Deshalb ist die Mehrheit der SP für die erweiterten bisherigen Strukturen.

Herr Gerhard Meyer und die GVP-Fraktion sind für die neue schlanke Struktur. Die Fraktion ist dankbar, dass die Angelegenheit erneut aufgegriffen wurde und ist für Eintreten.

Herr Heinz Gerber ist namens der SVP-Fraktion für die Änderung der Schulstrukturen und für Eintreten.

### Detailberatung

Frau Isabelle Bühler und die FDP-Fraktion sind überzeugt, dass sich die Situation mit der neuen Struktur an der Schule verbessert. Die Tendenz zeigt in diese Richtung und die Erfahrungen sind positiv. Durch die Trennung der strategischen und operativen Aufgaben werden die Kommissionsmitglieder entlastet. Es entstehen kürzere Kommunikationswege. Die Kommission setzt sich aus 13 aktiven Parteimitgliedern zusammen, und den Schulleitungen ist die zustehende Kompetenz zu übertragen. Die FDP ist nicht zuletzt wegen der schwerfälligen Kommunikationswege gegen die Einführung der erweiterten bisherigen Strukturen.

Herr Werner Marti erkundigt sich, ob die im Bericht und Antrag ausgewiesenen Kosten und Stellenprozente stimmen oder ob allenfalls mit einer Aufstockung der Abteilung Bildung zu rechnen ist. Auch erkundigt er sich, ob die Zusammenarbeit unter den Schulleitungen funktionieren wird.

Herr Gemeinderat Marcus Sartorius vergleicht die neue Struktur mit Neuland. Die Kostenbemessungen beruhen auf Annahmen. Zukünftig wird es die Aufgabe der Abteilung Bildung und Schulleitungen sein, die Kommission entsprechend vor den Sitzungen zu dokumentieren und zu orientieren. Dadurch wird die Arbeitsweise der Schulleitungen und der einzelnen Kommissionsmitglieder transparenter und für alle nachvollziehbar.

Bereits die Einführung des Rapportes zwischen den einzelnen Schulleitungen, dem Abteilungsvorsteher und dem Abteilungsleiter Bildung trägt zum guten Informationsfluss bei und hat sich bewährt. Sofern der Rat der Neuorganisation zustimmt, sind im Oktober die neuen Kommissionsmitglieder zu wählen. So bleibt bis zu deren Einsetzung genügend Vorbereitungszeit. Er ist davon überzeugt, dass mit der neuen Struktur Ruhe an der Schule einkehren wird.

Herr Christian Gerber erkundigt sich nach den fehlenden Rahmenbedingungen, welche Herr Schenk erwähnt hat. Es ist Aufgabe der einzelnen Parteien, aktive und zuverlässige Personen für die Volksschulkommission zu stellen. Er ist von der neuen Struktur überzeugt.

Herr Gemeinderat Marcus Sartorius macht auf die Aufgaben und Befugnisse der Schulkommission aufmerksam, welche in Art. 21 des Volksschulgesetzes geregelt sind. Das neue Volksschulmodell ist auf die heutigen Bestimmungen abgestimmt. Der Schulinspektor beurteilt das angestrebte Modell als das Beste.

Herr Jürg Schmitter kritisiert die unvollständigen Unterlagen. Unter anderem fehlen ihm die Beantwortungen der Motionen Zusammenarbeit Schule/Abteilung Bildung und Arbeitsbelastung Schulkommissionen. Er findet die Kostenannahme unverantwortlich, zumal die Aufgaben und Kompetenzen des Schulamtes noch nicht geregelt sind. Der Arbeitsaufwand und die Entlastung der einzelnen Kommissionsmitglieder kann bei unbekannter Schnittstelle nicht beziffert werden. Die Aussage auf Seite 6 enttäuscht ihn. Die Ausgaben haben sich dank seiner straffen Sitzungsführung reduziert und nicht wegen der konsequenten Anwendung der Verordnung. Eine straffere und effizientere Führung wäre auch mit der heutigen Struktur möglich, deshalb ist er gegen die Einführung der Volksschulkommission.

Frau Bettina Joder Stüdle unterstützt die Einführung der Volksschulkommission und ist von der klaren Struktur überzeugt. Die Verkleinerung der Kommission ermöglicht eine regelmässige Weiterbildung der Mitglieder und fördert die Elternmitarbeit. Die Kommission hat nach sozialpolitischen Grundsätzen zu funktionieren. Ihr werden die nötigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung gestellt. Der Abteilungsvorsteher wird in den strategischen Bereichen gestärkt. Sie ist gespannt, wie der Rat heute entscheidet, denn das Kontra basiert auf praktischem Denken und das Pro auf idealistischem Streben.

Herr Marcel Schenk bittet den Vorsteher Bildung, die bisherige Kommissionsarbeit zu schätzen und nicht ins Lächerliche zu ziehen.

Frau Stephanie Cabré Pardo unterstützt die Einführung der Volksschulkommission. Dadurch steigert sich die Effizienz der Mitglieder und die Kommissionsarbeit erfolgt zielorientiert.

Herr Peter Maurer legt dar, dass die Volksschulkommission rein demokratisch zu funktionieren hat. Was für die Schule (Schüler/Schülerinnen/Lehrerschaft/Eltern) eigentlich gut wäre, erfährt er nicht. Anhand der fehlenden gesetzlichen Grundlagen erachtet er eine Volksschulkommission als nicht tragbar. Die Schulleitungen haben bereits heute einen wichtigen pädagogischen Auftrag zu erfüllen. Deshalb ist von der Delegation weiterer Aufgaben abzu-sehen.

Herr Gerhard Meyer sieht in der schlanken Struktur eine Verbesserung. Er ist überzeugt, dass diese auch funktionieren wird.

Frau Ursulina Huder kann sich grundsätzlich die Aufgabentrennung in eine operative und in eine strategische Leitung vorstellen. Für den Schulleiter würde jedoch damit die Arbeitsbelastung massiv zunehmen. Ohne zusätzliches Personal ist eine solche Teilung nicht zu machen und deshalb ist es auch nicht korrekt, die Vorlage als kostenneutral zu bezeichnen. Die Erfahrung zeigt zudem, dass in einem Bereich, wo es um Kinder und Jugendliche geht, nicht in erster Linie wirtschaftliche Gesichtspunkte im Vordergrund stehen dürfen. Aus diesen Überlegungen befürwortet eine Mehrheit der SP-Fraktion den Kompromissvorschlag.

Herr Hansueli Grossniklaus betont, das Ziel, schlankere Strukturen und eine wirkungsorientierte Arbeitsweise, nicht aus den Augen zu lassen. Dieses Ziel kann nur mit *einer* Kommission erreicht werden. Wie die Schnittstellen und die Kosten aussehen, kann zum heutigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden. Er ermuntert die Ratskollegen, dem Gemeinderat das Vertrauen zu schenken und dem Antrag zuzustimmen. Dem Grossen Gemeinderat steht es offen, auf politischer Ebene auf das Geschäft zurückzukommen, sollte es die Situation erfordern.

Herr Gerhard Meyer ist der Auffassung, die heutigen Schülerinnen und Schüler seien so auszubilden, dass sie später in der Wirtschaft bestehen können, um schlussendlich in Zukunft auch die Renten zu sichern.

Frau Isabelle Bühler entgegnet der Aussage von Frau Joder Stüdle, dass sie nicht den Eindruck hat, Idealisten zu sein. Das Rad wird mit einer Systemänderung nicht neu erfunden. Funktionierende Beispiele zeigen, dass es geht. Deshalb kann darauf vertraut werden, dass ein neues System auch in Steffisburg gelingen wird.

Herr Gemeinderat Marcus Sartorius macht klar, dass der Gemeinderat die hängige Motion zu diesem Geschäft bewusst nicht abgeschrieben hat und somit die Aussage von Herrn Schmitter, die Antwort auf die Motion fehle, nicht stimmt. Es geht jetzt vielmehr darum, mit der Einführung der Volksschulkommission Erfahrungen zu sammeln und Schnittstellen zu erarbeiten. Erst wenn die Anliegen der Motionäre umgesetzt sind und der Gemeinderat einen entsprechenden Bericht liefern kann, wird die Motion abgeschrieben. Herr Sartorius verzichtet, auf die übrigen Behauptungen von Herrn Schmitter einzugehen. Herr Sartorius betont, dass in der Vergangenheit gute Arbeit geleistet wurde und diese mit einer Systemänderung in keiner Art und Weise geschmälert werden soll. Vielmehr soll das neue System bewirken, für die Betroffenen die Arbeitsabläufe zu optimieren, und insbesondere sollen die Schulleitungen noch vermehrt vom Kanton Unterstützung und Stärkung erhalten. Leider muss angefügt werden, dass aus finanziellen Überlegungen der Kanton einer Aufstockung der Stellenprozent für die Primarschulleitung nicht zustimmte. Herr Sartorius geht nicht davon aus, dass die neue Struktur billiger wird. Bei den Erwägungen zur Einführung einer Volksschulkommission standen aber auch nicht wirtschaftliche, sondern viel mehr organisationstheoretische und politische Überlegungen im Vordergrund. Herr Sartorius ist sich bewusst, dass es schwierig ist, Altes loszulassen und Neues mit einer gewissen Unsicherheit verbunden ist. Trotzdem bittet er, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und darauf zu vertrauen, dass mit den neuen Strukturen eine wirksame und effiziente Arbeit geleistet werden kann.

#### Abstimmung über den Hauptantrag gegenüber den Eventualantrag

Mit 23 : 7 Stimmen folgt der Grosse Gemeinderat dem Hauptantrag des Gemeinderates, wonach ab 1. Februar 2004 an den Schulen von Steffisburg *eine* Schulkommission die gesetzlichen Vorgaben des Kantons erfüllt.

## Beratung über das Reglement „Neue Strukturen“

### Seite 2, Artikel 4, Absatz 3

Frau Isabelle Bührer beantragt im Namen der FDP-Fraktion, Abs. 3 in dem Sinn zu ändern, dass die Entscheidungskompetenz zur Einführung des zweijährigen Kindergartens dem Grossen Gemeinderat übertragen wird, da dieser Entscheid weitreichende Folgen hat.

Herr Gemeinderat Marcus Sartorius erklärt, dass nach eingehender Diskussion und in Übereinstimmung mit der heutigen Kindergartenkommission beschlossen wurde, die Kompetenz bewusst beim Gemeinderat zu belassen. Im Rahmen des Budgets kann sich der Grosse Gemeinderat dazu äussern. Es gehört zum Führungsanspruch des Gemeinderates, über die Einführung des zweijährigen Kindergartens zu beschliessen.

### Abstimmung über den Änderungsantrag von Art. 4, Abs. 3

Die FDP beantragt, Abs. 3 wie folgt zu ändern: „Der *Grosse Gemeinderat* kann die Einführung des zweijährigen Kindergartens beschliessen“.

Mit 19 : 6 stimmt der Grosse Gemeinderat dem Antrag der FDP zu.

Herr Gemeinderat Marcus Sartorius dankt dem Grossen Gemeinderat für seinen Entscheid, dem Geschäft zuzustimmen und so die Schulen für ihre Aufgaben zu stärken.

### **Schlussabstimmung**

Mehrheitlich fasst der Rat folgenden

### **Beschluss**

Der Grosse Gemeinderat von Steffisburg, gestützt auf

- Art. 37 und Art. 50 Abs. 1 der Gemeindeordnung
- Antrag des Gemeinderates

beschliesst:

1. Die Neuorganisation des Kindergartens und der Volksschule, wonach ab 1.2.2004 an den Schulen von Steffisburg eine Schulkommission die gesetzlichen Vorgaben des Kantons erfüllt, wird genehmigt.
2. Das entsprechende Reglement über die Organisation des Kindergartens und der Volksschule wird genehmigt.
3. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum im Sinne von Art. 37 der Gemeindeordnung. Wird dieser nicht angefochten bzw. das Referendum nicht ergriffen, so tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

## **6. Parlamentarischer Vorstoss; Behandlung**

### **Motion der SP-Fraktion betr. Wehrmännerentlassung (2003/07)**

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller äussert sich wie folgt: Obschon er persönlich hinter dem Anliegen der Motionäre steht, unterstützt er voll und ganz den Antrag des Gemeinderates, die Motion abzulehnen. Herr Feller blendet in die Vergangenheit zurück, wo die Wehrmännerentlassung traditionsgemäss mit einer Feier und anschliessendem Nachtessen beendet wurde. Im Jahr 2002 fand die Wehrmännerentlassung erstmals in Zivilkleidung, verbunden mit einer schlichten Feier und Apéro, in der Panzerhalle Thun statt. Finanziert wurde diese Feier vom Kanton und den Gemeinden Thun und Steffisburg. Auf das Nachtessen wurde sowohl in Thun als auch in Steffisburg verzichtet. Lediglich die umliegenden kleinen Gemeinden offerierten ihren Wehrmännern noch ein Znacht. Die vergangenen Wehrmännerentlassungen zeigten aber deutlich, dass von Seiten der Wehrmänner das Interesse nach einer traditionellen Entlassung mit Nachtessen nicht besonders gross war. Herr Feller verliest das Schreiben der Militärdirektion vom 18. März 2003, wonach bedingt durch die Armee 21 in den nächsten Jahren rund 40'000 Wehrmänner entlassen werden. Unter Berücksichtigung der knappen Ressourcen haben sich die Verantwortlichen des Kantons Bern für ein neues Verabschiedungskonzept entschieden. Die zu entlassenden Angehörigen der Armee werden gestaffelt (80 Wehrmänner pro Stunde und in Zivil) zur Abrüstung aufgeboten. Die Entlassungsstandorte werden reduziert; auf eine Entlassungsfeier wird verzichtet. Der Kanton ist sich bewusst, dass mit der Abschaffung der Entlassungsfeiern eine langjährige Tradition zu Ende geht. Deshalb erachtet es der Kanton als wünschenswert, wenn auf Gemeindeebene eine Entlassungsfeier stattfinden würde. Herr Feller stellt dazu jedoch fest, dass die Gemeinde den zentralen Entlassungsakt in Uniform nicht einfach mit einem Nachtessen ersetzen kann. Im weiteren ist es nicht Sache der Gemeinde, für den Kanton in die Bresche zu springen; die Armee ist eine Aufgabe des Bundes. Ein wesentliches Element, welches heute auch fehlt, ist die Entlassung der Zivilschutzangehörigen und die Übernahme der Wehrmänner in den Zivilschutz. Dieser Akt wurde immer gemeinsam mit der Wehrmännerentlassung durchgeführt. Der Kanton hält es nicht für nötig, künftig seine Armeeangehörigen würdig zu verabschieden; es liegt deshalb nicht an der Gemeinde, diese Aufgabe mit einer „Pseudoentlassung“ zu übernehmen. Die Kosten spielen bei den Erwägungen eine untergeordnete Rolle.

Der Erstunterzeichner der Motion, Herr Marcel Schenk bedauert das Verschwinden einer langjährigen und beliebten Tradition. Es geht nicht um das Nachtessen als solches, sondern dass mit der Abschaffung der Feier die Gelegenheit verloren geht, sich mit Weggefährten zu treffen und in vertrauter Umgebung den Gedankenaustausch zu pflegen. Immerhin haben die Wehrmänner gegen 300 Tage Dienst geleistet und dies sicher nicht immer zu angenehmen Bedingungen. Herr Schenk hält an der Motion fest und beantragt, über die Weiterführung bzw. Wiederaufnahme der Wehrmännerentlassung auf Gemeindeebene abzustimmen.

#### Abstimmung

Mit 20 : 10 Stimmen lehnt der Grosse Gemeinderat die Motion ab.

## **7. Neue parlamentarische Vorstösse; Bekanntgabe und Begründung**

### **7.1 Dringliche Motion der GVP-Fraktion betr. Landparzelle Bürgergemeinde (2003/08)**

#### Begehren

„- Der Gemeinderat wird beauftragt, sofort Vertragsverhandlungen mit der Bürgergemeinde Steffisburg für einen Baurechtsvertrag für die Parzelle Nr. 1077 im Eichfeld von 223,97 a Land aufzunehmen.“

- Die Parzelle Nr. 1077 ist in der Zonenplanrevision 200X in die Bauzone für öffentliche Nutzung (ZöN) aufzunehmen.
- Nach erfolgtem Vertragsabschluss ist dem Grossen Gemeinderat aufzuzeigen, wie die Landparzelle in das Sportplatzkonzept integriert wird und wie Synergien mit den bestehenden Schul- und Sportplatzanlagen im Gebiet Schönau/Eichfeld genutzt bzw. erzielt werden können.

### Begründung

Seit rund zwei Jahren hat der Gemeinderat von Steffisburg davon Kenntnis, dass die Burgergemeinde Steffisburg den Pachtvertrag mit der Familie Brechbühl gekündigt hat. Da an der Burgerversammlung vom 7. Mai 2003 beschlossen wurde, das Bauernhaus separat zu vermieten und die Landparzellen einzeln zu verpachten, ist die Dringlichkeit gegeben, sofort mit der Burgergemeinde Verhandlungen für einen Baurechtsvertrag der Parzelle Nr. 1077 im Eichfeld aufzunehmen. Da die Gemeinde stetig wächst ist es sehr wichtig, dass sich die Gemeinde diese Parzelle zur Nutzung sichert, ansonsten sieht die Burgergemeinde genötigt, die Landparzelle einem Landwirten zu verpachten. Der dringlichen Motion ist zuzustimmen, bevor es zu spät ist.“

Herr Rudolf Meyer, Erstunterzeichner, erklärt, dass im Zusammenhang mit dem seit Jahren hängigen Sportplatzkonzept heute die Möglichkeit besteht, auf dem Land der Burgergemeinde die Umsetzung von geeigneten und dringend benötigten Sportplätzen zu fördern und zu realisieren. Zur Dringlichkeit der Motion weist Herr Meyer darauf hin, dass die Gemeinde letztmals vor 2 Jahren mit der Burgergemeinde über die fragliche Parzelle verhandelte. Gemäss Auskunft des Burgerratspräsidenten gibt es sowohl für das Land wie für das Haus mehr als genug Interessenten. Die Verhandlungen zwischen Gemeinde und Burgergemeinde sind deshalb unverzüglich aufzunehmen. Die Burgergemeinde vergibt das Land im Baurecht, was den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde entgegenkommen dürfte.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller nimmt zur Dringlichkeit der Motion wie folgt Stellung: Das Anliegen der Motion ist richtig. Die Aussage von Herrn Meyer, das Sportplatzkonzept sei schubladisiert, stimmt jedoch nicht. Es gibt viele Gründe, weshalb diesbezüglich noch keine Ergebnisse vorliegen. Zum einen kann kein Konzept erarbeitet werden, wenn weder Geld noch Land vorhanden ist. Auf der andern Seite ist es so, dass die Gemeinde seit Jahren mit der Burgergemeinde im Gespräch steht; die letzte protokollierte Sitzung fand vor ca. 1 ½ Jahren statt. Das Anliegen der Gemeinde ist der Burgergemeinde vollumfänglich bekannt. Die Motion zeigt inhaltlich in die richtige Richtung und einer dringlichen Behandlung steht nichts im Wege. Herr Feller schlägt vor, das Geschäft für die Sitzung vom 22. August 2003 zu traktandieren.

Einstimmig ist der Grosse Gemeinderat mit dem Vorschlag einverstanden, die Motion an der Sitzung vom 22. August 2003 zu behandeln.

## **7.2 Motion der FDP-Fraktion betr. „Neue Beleuchtung Dorfstrasse“ (2003/09)**

### Begründung

„Im Herbst 2003 werden in Steffisburg die Arbeiten zur Sanierung der Dorfstrasse in Angriff genommen. In diesem Zusammenhang sollte auch die Beleuchtung überarbeitet werden.“

## Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, Einfluss auf die Planung dieser Beleuchtung zu nehmen. Die neue Beleuchtung ist als Gestaltungselement für die Dorfstrasse und die angrenzenden Liegenschaften zu nutzen.“

Herr Stefan Schneeberger, Erstunterzeichner, weist auf die vorteilhafte Beleuchtung in der Aula hin. Das hat die FDP-Fraktion bewogen, der Beleuchtung an der Dorfstrasse besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Bekanntlich wird im Herbst 2003 die Dorfstrasse saniert und in diesem Zusammenhang sollte auch die Beleuchtung in diesem Dorfteil überarbeitet werden.

### **7.3 Motion der FDP-Fraktion betr. „Abbruch der alten STI-Station“ beim Dorfplatz Steffisburg (2003/10)**

#### Antrag

„Der Abbruch der alten STI-Endstation und eine einfache provisorische Umgestaltung des gewonnenen Platzes ist raschmöglichst vorzunehmen.

#### Begründung

Der Dorfplatz Steffisburg stellt keine Augenweide dar. Potentiellen Investoren und der Bevölkerung wird ein Bild geboten, das unserer Gemeinde unwürdig ist. Ein Abbruch der alten STI-Endstation wird einst so oder so vorgenommen werden müssen. Somit wird schon heute etwas für den Dorfplatz, respektiv für die Bewohner, Anlieger und Investoren gemacht.“

Herr Stefan Reber, Erstunterzeichner, erklärt, dass es nicht darum gehe, zusätzliche Parkplätze zu schaffen. Mit dem Abbruch soll in erster Linie der heutige Dorfplatz aufgewertet werden. Bestimmt würden verschiedene Vereine und Gruppen mithelfen, eine angenehme Begegnungsstätte für die ganze Bevölkerung zu schaffen

### **7.4 Motion des Jugendrates betr. Skaterpark Steffisburg (2003/11)**

#### Begehren

„Der Jugendrat von Steffisburg ersucht den Gemeinderat in enger Zusammenarbeit mit aktiven Skater und Skaterinnen einen geeigneten Standort für einen Skaterpark zu finden. Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Der Standort muss geeignet sein, d.h.:
  - er soll nicht in dicht bebautem Wohngebiet liegen (Lärmimmission)
  - der Boden muss geeignet sein (feiner Belag)
  - der Platz sollte minimal beleuchtet sein
2. Die anfallenden Kosten von ca. Fr. 15'000.00 für Grundelemente, kleine Baracke, Abfallentsorgung u.ä. und die eventuellen Kosten für einen geeigneten Bodenbelag (feiner Teerbelag) werden von der Gemeinde Steffisburg (einmaliger Investitionskredit) übernommen.

3. Alle anfallenden Planungsarbeiten (Standort, Benutzerreglement usw.) werden in enger Zusammenarbeit mit Vertreter/innen aus der aktiven Skaterszene vorgenommen (Fehlplanungen vermeiden).

#### Begründung

Wir, eine junge, kreative Skatergruppe möchte die Gemeinde Steffisburg darauf aufmerksam machen, dass das Skaten in der Gemeinde nach wie vor ein enormes Bedürfnis ist. Ein erster Schritt ist, unsere Anliegen über ein Videoclip zu vermitteln, das uns und andere Skater zeigt. Wir sprechen darin die Probleme im Zusammenhang mit dem Skaten an und sagen konkret, was wir brauchen. Im weiteren planen wir einen Aktionstag, der mit Action- und Showelementen Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen ansprechen soll. Dazu wollen wir auch die Gemeinde und die Presse einladen. Ergänzend ist eine Unterschriftensammlung für einen Skaterpark geplant.

Wir werden von jedem Platz verjagt, vor allem weil sich die Leute durch den Lärm belästigt fühlen, der beim Skaten entsteht. Wir setzen uns schon vier Jahre intensiv dafür ein, einen Platz zu finden, wo wir ‚niemanden‘ stören und gleichwohl unser Hobby ausüben können. Unsere Bemühungen, gemeinsam mit der Gemeinde eine Lösung zu finden, blieben bisher leider erfolglos. Viele betrachteten unser Anliegen als „Trend“ und gingen nicht weiter darauf ein. Aus diesen Gründen wollen wir mit diesem politischen Vorstoss erneut den Versuch unternehmen, unsere Anliegen durchzusetzen. Wir wollen einen skatergerechten Platz, wo wir niemanden stören und wir nicht verjagt werden. Dort können wir Skaterelemente fest installieren (hauptsächlich selbstgebaute).“

Der Erstunterzeichnende, Silvan Stucki, Jugendrat, erkundigt sich, ob er die Motion nachträglich als „Dringliche Motion“ einreichen kann.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller fragt nach der Begründung für die Dringlichkeit der Motion.

Herr Silvan Stucki erklärt, dass allfällige Planungsarbeiten noch vor dem Winter in Angriff genommen werden könnten.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller macht beliebt, die Motion als nicht dringlich zu erklären, jedoch das verständliche Anliegen des Jugendrates, wenn immer möglich, zügig zu behandeln.

Herr Silvan Stucki nimmt davon Kenntnis.

### **7.5 Postulat der WGS - SP-Fraktion betr. Spielgruppen Steffisburg (2003/12)**

#### Begehren

„Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, in welcher geeigneten Form die Spielgruppen in Steffisburg koordiniert und gestützt werden können (z.B. Führung eines Registers, Fürsprache bei Suche nach geeigneter Lokalität, Link auf Internetseite etc.).

#### Begründung

Seit dem Verkauf des Laubsägeli-Hauses an dem Mühleweg 8 (Gemeindeliegenschaft) und der damit verbundenen Kündigung des mehrjährigen Mietvertrages mit

dem Chinderatelier Feehuus ist eine der wenigen Kinderspielgruppen mit eigener Infrastruktur im Gemeindegebiet akut bedroht.

Im Hinblick auf die anstehende Ortsleitbild-Revision steht es einer Gemeinde schlecht an, sich wenig bis gar nicht um die Integration und vorschulische Eingliederung seiner jüngsten Gemeindemitglieder zu kümmern; dies um so mehr, als dass sich die Gemeinde Steffisburg zum Ziel setzt, nicht mehr nur quantitativ, sondern vermehrt qualitativ zu expandieren und so in der Agglomeration Thun an Attraktivität zuzulegen.

Es wäre erstrebens- und wünschenswert, wenn sich in diesem aktuellen Kontext eine Möglichkeit fände, diesem stetig wachsenden Bedürfnis auch in unserer Gemeinde einen Platz einzuräumen.“

Herr Bernhard Pulfer, Erstunterzeichner, hat den Eindruck, dass die wenigen vorhandenen Spielgruppen von der Gemeinde wenig oder keine Anerkennung geniessen. Das sollte künftig geändert werden, indem die Spielgruppen, welche einem wachsenden Bedürfnis entsprechen, von der Gemeinde mit Rat und Tat (nicht finanziell) unterstützt werden.

## **8. Einfache Anfragen**

### 8.1 Wann ist mit der Abrechnung bzw. dem Kostenverteiler im Zusammenhang mit der Überbauungsordnung Nr. 47 Walkeweg zu rechnen?

Herr Gemeinderat Paul Zbinden antwortet zuhanden der Anfrage von Herrn Stefan Schneeberger vom 25. April 2003, dass heute keine abschliessende Auskunft möglich ist, da im Zusammenhang mit der Verurkundung zwei Grundeigentümer bis heute zu keiner Lösung bereit waren bezüglich Eintrag im Grundbuch. Aber genau dieser Eintrag bildet die Grundlage für den Kostenverteiler. In den nächsten Tagen ist vorgesehen, mit den betreffenden Eigentümern eine Lösung zu suchen, um das Geschäft im Herbst 2003 abschliessen zu können.

### 8.2 Platzgestaltung Garage Moser

Herr Rudolf Meyer erkundigt sich nach dem Stand der Dinge, nachdem die Planung bereits Ende Dezember 2002 abgeschlossen war.

Herr Gemeinderat Paul Zbinden antwortet, das Geschäft werde dem Grossen Gemeinderat an der Sitzung vom 22. August 2003 zur Behandlung unterbreitet.

### 8.3 Einführung Tempo 30 im Gebiet Honegg-/Hohgantweg

Herr Hansueli Grossniklaus möchte wissen, wie der aktuelle Stand betreffend Einführung Tempo 30 im Gebiet Honegg-/Hohgantweg ist.

Herr Gemeinderat Urs Hauenstein ist abwesend. Die Beantwortung der Anfrage erfolgt an der Sitzung vom 22. August 2003.

### 8.4 Hombergstrasse; Durchgangsverkehr

Herr Peter Maurer möchte wissen, auf wann die Hombergstrasse für den Durchgangsverkehr gesperrt wird und ob man sich der derzeitigen Gefahr bewusst ist, welche durch die entlang der Hombergstrasse parkierten Autos entsteht. Auf wann sind hier Verkehrsberuhigungsmassnahmen vorgesehen?

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt an der Sitzung vom 22. August 2003 durch Herrn Gemeinderat Urs Hauenstein.

#### 8.5 Kreisel Zulgstrasse/Alte Bernstrasse

Frau Sandra Brenzikofer stellt folgende Fragen:

- Ist es richtig, dass der Kanton auf den Kreisel im Bereich Zulgstrasse/Alte Bernstrasse verzichtet?
- Wenn ja, weshalb?
- Welche Alternativen sind geplant?

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller antwortet wie folgt: Es ist richtig, dass das seinerzeitig geplante Projekt mindestens vorläufig sistiert wurde. Begründet wird dies mit der heutigen Verkehrsbelastung; eine zusätzliche Einmündung in die neue Bernstrasse würde den Verkehrsfluss noch mehr hemmen. Zum ändern will man abwarten, wie sich die Situation mit der geplanten Aarequerung entwickeln wird. Mit dem Kanton wurde vereinbart, kurzfristige Massnahmen zu prüfen, wie z.B. die Alte Bernstrasse vom Schwerverkehr zu befreien.

#### Motion

Herr Gerhard Meyer erkundigt sich, ob die Motion, welche genau diese Massnahmen vorschlägt, jetzt aktuell wird.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller möchte zum heutigen Zeitpunkt nicht auf die Motion eintreten.

#### 8.6 Geschiebesammler Schlauchbach

Herr Stefan Reber macht auf den gefüllten Geschiebesammler aufmerksam und bittet, diesen bei Gelegenheit zu entleeren.

Herr Gemeinderat Paul Zbinden nimmt davon Kenntnis und wird das Anliegen an die Abteilung Tiefbau/Umwelt weiterleiten.

Schluss der Sitzung um 19.50 Uhr

**GROSSER GEMEINDERAT STEFFISBURG**  
**Die Präsidentin**

**Esther Rychiger**  
**Der Gemeindeschreiber**

**Hans Ulrich Schmid**  
**Die Protokollführerinnen**

**Jacqueline Schweizer**

**Katharina Habegger**

**Die Stimmzähler**

**Jürg Gerber**

**Marcel Schenk**